

## Schriftliche Stellungnahme

Prof. Dr. Eckart Bomsdorf, Köln

zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 3. Mai 2021  
um 13:30 Uhr zum

- a) Antrag der Abgeordneten Ulrike Schielke-Ziesing, Uwe Witt, Jürgen Pohl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
Ostdeutsche Arbeitnehmer würdigen – Fondslösung mit Einmalzahlungen - BT-Drucksache 19/14073
- b) Antrag der Abgeordneten Ulrike Schielke-Ziesing, René Springer, Uwe Witt, Martin Sichert und der Fraktion der AfD  
Gesetzliche Rentenversicherung stabilisieren – Klarheit zu den nicht beitragsgedeckten Leistungen - BT-Drucksache 19/22928
- c) Antrag der Abgeordneten Ulrike Schielke-Ziesing, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
Eigenverantwortliche Altersvorsorge erleichtern – Selbstbestimmte freiwillige Zahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung ermöglichen - BT-Drucksache 19/28463
- d) Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Katja Kipping, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
Freiwillige Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Rente ausbauen, anstatt die gescheiterte Riester-Rente weiter zu fördern - BT-Drucksache 19/27317
- e) Antrag der Abgeordneten Matthias Höhn, Matthias W. Birkwald, Dr. Gesine Löttsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
30 Jahre DDR-Rentenüberleitung – Ansprüche anerkennen - BT-Drucksache 19/28432
- f) Antrag der Abgeordneten Markus Kurth, Anja Hajduk, Beate Müller-Gemmeke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Gesetzliche Rentenversicherung stärken, verlässliche Altersversicherung für alle sicherstellen - BT-Drucksache 19/27213

**siehe Anlage**



## Stellungnahme zum

**Antrag der Abgeordneten Ulrike Schielke-Ziesing, Uwe Witt, Jürgen Pohl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
Ostdeutsche Arbeitnehmer würdigen - Fondslösung mit Einmalzahlungen  
- BT-Drucksache 19/14073,**

**Antrag der Abgeordneten Ulrike Schielke-Ziesing, René Springer, Uwe Witt, Martinichert und der Fraktion der AfD  
Gesetzliche Rentenversicherung stabilisieren - Klarheit zu den nicht beitragsgedeckten Leistungen - BT-Drucksache 19/22928,**

**Antrag der Abgeordneten Ulrike Schielke-Ziesing, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
Eigenverantwortliche Altersvorsorge erleichtern - Selbstbestimmte freiwillige Zahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung ermöglichen - BT-Drucksache 19/28463,**

**Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Katja Kipping, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE  
Freiwillige Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Rente ausbauen anstatt die gescheiterte Riester-Rente weiter zu fördern - BT-Drucksache 19/27317,**

**Antrag der Abgeordneten Matthias Höhn, Matthias W. Birkwald, Dr. Gesine Löttsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE  
30 Jahre DDR-Rentenüberleitung - Ansprüche anerkennen - BT-Drucksache 19/28432 sowie zum**

**Antrag der Abgeordneten Markus Kurth, Anja Hajduk, Beate Müller-Gemmeke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Gesetzliche Rentenversicherung stärken, verlässliche Altersversicherung für alle sicherstellen - BT-Drucksache 19/27213**

**vorgelegt zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages vom 3.5.2021.**

## Zusammenfassung

- 1. Die vorliegenden Anträge möchten primär die Situation für heutige und zukünftige Rentner verbessern. Soweit sie finanzielle Forderungen an die gesetzliche Rentenversicherung bzw. an die öffentliche Hand stellen, wird nur unzureichend eine Aussage über die Finanzierung dieser Forderungen gemacht. Sie sind zudem bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode kaum vernünftig umzusetzen.**

**Wirtschafts- und  
Sozialwissenschaftliche  
Fakultät**

**Institut für  
Ökonometrie und  
Statistik**

Professor Dr. Eckart Bomsdorf

Telefon +49 221 470-5831/2982  
[Bomsdorf@wiso.uni-koeln.de](mailto:Bomsdorf@wiso.uni-koeln.de)

Köln, 29.4.2021

Besucheranschrift:  
Universitätsstr. 24  
Gebäude 101  
50931 Köln

Postanschrift:  
Albertus-Magnus-Platz  
50923 Köln

2. **Eine Ausnahme bildet die Forderung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, alle Personen, die heute eine Erwerbsminderungsrente beziehen und von den 2018 eingeführten Verlängerungen der Zurechnungszeiten nicht profitiert haben, von diesen Verlängerungen profitieren zu lassen. Eine Forderung, die schon seinerzeit gestellt wurde, eine Forderung, die zudem unstrittig zu sein scheint und sich gewissermaßen mit einem Federstrich erfüllen ließe, wenn der politische Wille wirklich vorhanden wäre.<sup>1</sup>**

#### **Zu den Anträgen im Einzelnen**

3. Die vorliegenden Anträge sind in ihrer Fülle und in der für eine Stellungnahme aufgrund der kurzfristigen Einladung sehr knapp bemessenen Zeit nicht hinreichend zu würdigen und zu bewerten. Im Folgenden muss daher eine punktuelle Beschränkung erfolgen, die dazu führt, dass nur ein Teil der Anträge – und dieser auch eher stichwortartig – betrachtet werden kann. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass sich einige Anträge in ihren Anliegen überschneiden. Die Anträge liefern zum großen Teil nur Anregungen für Arbeitsaufträge.

#### **Die Anträge der Fraktion der AFD**

4. Die Anträge der Fraktion der AFD beinhalten drei Kernpunkte:
  - Die Forderung nach regelmäßiger Darstellung der versicherungsfremden Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung und deren Finanzierung.
  - Die Forderung nach einer (Fonds-)Lösung für den Ausgleich der von DDR-Bürgern bei Eintritt in die Rente aus der DDR-Zeit erlittenen "Rentenverluste" u.ä.
  - Die Forderung nach der Möglichkeit einer zusätzlichen Zahlung von Beiträgen in die gesetzliche Rentenversicherung.
5. Die erste Forderung wird von der gesetzlichen Rentenversicherung schon – allerdings nur teilweise – erfüllt. Hier könnte eine Verbesserung stattfinden, jedoch wäre zunächst einmal zu klären, welche Leistungen versicherungsfremd sind.
6. Die zweite Forderung übersieht u.a., welche Anstrengungen erforderlich waren, um die Bürgerinnen und Bürger der DDR nach der Vereinigung beider deutscher Staaten in das westdeutsche Rentensystem zu übernehmen. Und er übersieht im Falle der Scheidung, dass der Versorgungsausgleich in der Bundesrepublik auch nicht für alle Jahrgänge galt, sowie dass bei einer Umsetzung des Versorgungsausgleichs der abgebende Teil einer Ehe niedrigere Rentenansprüche gehabt hatte und dies konsequenterweise auch heute ggf. berücksichtigt werden müsste, was bei bestehenden Renten aus Gründen des Vertrauensschutzes natürlich nicht möglich ist.

---

<sup>1</sup> Vgl. Bomsdorf, Eckart, und Markus Hofmann: Bei Erwerbsminderungsrenten auch den Bestand an Verbesserungen teilhaben lassen. Eine Aufforderung an die Politik. Soziale Sicherheit 12/2020, S. 441-442.

7. Die dritte Forderung deckt sich – ähnlich wie die zweite Forderung – in gewissen Grenzen mit einem Antrag der Fraktion Die Linke und wird weiter unten angesprochen.

### **Die Anträge der Fraktion Die Linke**

8. Der eine Antrag der Fraktion Die Linke beschäftigt sich ebenfalls mit der DDR-Rentenüberleitung (vgl. 6.). Er fordert u.a. eine vollständige Überleitung der Ansprüche aus den Zusatz- und Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebietes. Er suggeriert, dass viele in der DDR erworbenen Rentenansprüche im westdeutschen Rentensystem nicht anerkannt wurden, übersieht dabei aber, dass die Ansprüche in hohem Maße – fast mehr als zu erwarten war – erfüllt wurden. Wer heute – 30 Jahre nach der Vereinigung beider deutscher Staaten – im Beitrittsgebiet in Rente geht, dürfte, im Gegensatz zu dem, was im Antrag nahegelegt wird, nicht wesentlich von der Nichtanerkennung dieser Sondersysteme betroffen sein.
9. Der zweite Antrag der Fraktion Die Linke beschäftigt sich u.a. mit der Qualität der Riester-Rente. Die Kritik der Fraktion Die Linke an dieser ist nachvollziehbar und nicht erst aus heutiger Sicht zutreffend. Die Riester-Rente war bereits bei ihrer Einführung umstritten, u.a. weil sie allein von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern finanziert werden sollte. „Die – freiwillige – Riester-Rente sollte einerseits ein staatlich geförderter Einstieg in die kapitalgedeckte Altersvorsorge sein, andererseits sollte sie – ohne dass dies öffentlich deutlich gesagt wurde – letztlich nur das Loch stopfen, das sich durch ihre Einführung in den Altersvorsorgefaktor bei der Renten-(wert-)anpassung auftrat.“<sup>2</sup> Beides ist nicht gelungen. Außerdem ist die Riester-Rente so konstruiert worden, dass die staatliche Förderung bei Auszahlung der Rente zum großen Teil wieder kassiert wird.
10. Die Linke fordert in diesem Antrag ebenfalls, die bestehenden Möglichkeiten, freiwillig Zusatzbeiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzubezahlen, auszubauen. Das ist auch im Hinblick auf die Riester-Rente verständlich, es darf aber nicht dazu führen, dass die gesetzliche Rentenversicherung gefährdet wird. Diese lebt nicht nur vom Äquivalenzprinzip, sondern auch vom Generationenvertrag, das bedeutet auch, dass nachfolgende Generationen die Renten der heutigen Beitragszahler finanzieren können müssen. Daher sollten derartige zusätzliche Beiträge mit den aufgrund der beitragspflichtigen Einkommen gezahlten zusammen im Regelfall nicht die aus der Beitragsbemessungsgrenze resultierenden überschreiten. Die gesetzliche Rentenversicherung ist kein Spartopf und keine Sparkasse. Die Renditebetrachtungen der gesetzlichen Rente sind zudem sehr schwierig und nicht unproblematisch, zumal sie von einer Reihe von unsicheren Annahmen geprägt sind.
11. Gleichfalls ist zu prüfen, ob die Sozialabgabenfreiheit bestimmter Einkommensbestandteile nicht im Hinblick auf die Alterseinkünfte kontraproduktiv ist und daher, wie die Fraktion Die Linke fordert, abzuschaffen wäre.

---

<sup>2</sup> Vgl. Bomsdorf, Eckart: Das Rentenniveau sichern – aber wie? Eine kurze Analyse und ein systemadäquater Vorschlag. ifo Schnelldienst 71/2018, Heft 11, S. 30-34, S. 32.

## Der Antrag der Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen

12. Dieser Antrag ist in seiner Detailliertheit so umfangreich und seiner Bedeutung für das System Sozialversicherung in Deutschland so fundamental, dass er selbst allein nicht in einer so kurzen Anhörung behandelt werden könnte. In seinem Grundanliegen behandelt er das Konzept der Bürgerversicherung, das zu Zeiten der Koalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hätte behandelt und umgesetzt werden müssen, dort aber offenbar – vielleicht auch zugunsten der Riester-Rente – in den Hintergrund getreten ist.
13. Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen hat offenbar letztlich als Ziel eine Bürgerversicherung mit einer Garantierente; er beinhaltet die weitgehende Abkehr vom Äquivalenzprinzip und den Übergang zu einer am Solidarprinzip orientierten Rente. Die weiteren angesprochenen Maßnahmen dienen im Wesentlichen dazu, dieses Ziel zu erfüllen – wobei sie nicht immer direkt vom Gesetzgeber beeinflusst werden können und in ihren Auswirkungen von sehr unterschiedlicher Bedeutung sind.
14. Die Maßnahmen gehen wegen der unsicheren, um nicht zu sagen, ungeklärten Finanzierung zum großen Teil zu Lasten der jungen Generation. Sie sind zum Teil auch nicht konsequent genug. Was soll eine Anhebung der Untergrenze der Nachhaltigkeitsrücklage von 0,2 auf 0,3 Monatsausgaben erreichen? Damit werden keine Probleme gelöst. Wichtiger wäre eine Anhebung der Obergrenze oder genauer der Intervallbreite dieser Rücklage. Die Steigerung des Rentenniveaus und andere Punkte des Antrags ließen sich zudem durch eine konsequente Anwendung der Rentenanpassungsformel erfüllen, wie auch bereits in Bomsdorf (2018) dargelegt worden ist.<sup>3</sup>
15. Ein Punkt dieses Antrags ließe sich jedoch kurzfristig verwirklichen, sowohl zeitlich als auch im weitgehenden Konsens der Fraktionen: Die Übertragung der Ende 2018 beschlossenen Verlängerung der Zurechnungszeiten auch auf die erwerbsgeminderten Personen, die bereits vor 2019 eine Erwerbsminderungsrente bezogen haben. Hier fehlt es vielleicht am Willen zur Durchsetzung.

---

<sup>3</sup> Vgl. Bomsdorf, Eckart: Die Rentenanpassungsformel und das Rentenniveau sind, richtig umgesetzt, besser als ihr Ruf – ein Plädoyer. Deutsche Rentenversicherung 75/2020, Heft 1, S. 92-109 sowie Bomsdorf, Eckart: Das Rentenniveau sichern – aber wie? Eine kurze Analyse und ein systemadäquater Vorschlag. ifo Schnelldienst 71/2018, Heft 11, S. 30-34.